



## Beschluss

vom 13. August 2002

Nr. 2277

Postulat

### **Postulat Beatrice Heilig Kirtz: Einführung eines Strassenzolls; Nichterheblicherklärung**

Die Bauverwaltung berichtet:

Beatrice Heilig Kirtz und 21 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 11. Juli 2002 ein Postulat „Einführung eines Strassenzolls“ eingereicht (vgl. Beilage).

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung des Postulats wie folgt Stellung:

1. Mit dem Postulatsauftrag soll ein Bericht des Stadtrates zur Frage verlangt werden, ob und wie die Einführung eines Strassenzolls die Stadt von den negativen Auswirkungen des individuellen Verkehrs entlasten würde. Mit dem Strassenzoll – oder dem moderneren Begriff „Road Pricing“ – wird eine zusätzliche, bisher bei uns nicht realisierte Massnahme in die Gesamtdiskussion um die Verkehrsproblematik in Städten und Agglomerationen eingeführt. Der Zuwachs des Individualverkehrs ist ungebrochen und verursacht die bekannten, negativen Auswirkungen auf die Wohn- und Lebensqualität unserer Städte. Die zahlreichen Massnahmen zum Schutz der Quartiere und der Stadtzentren, die angebotsorientierte Verkehrsplanung und die Förderung des öffentlichen Verkehrs, die Kanalisierung des Verkehrs auf dem übergeordneten Strassennetz und der Autobahn, die Koordination neuer Siedlungsentwicklungen mit den Verkehrsmöglichkeiten, die verstärkte regionale Zusammenarbeit etc. sind positiv zu werten und haben zu beachtlichen, zumindest punktuellen Erfolgen geführt. All diese Massnahmen stehen aber im Schatten des nach wie vor steigenden Volumens des Individualverkehrs. Die Prognosen über dessen Weiterentwicklung z.B. mit den für St.Gallen absehbaren Kapazitätsengpässen auf der Stadtautobahn machen es verständlich, dass zusätzliche Anstrengungen der Gemeinden, der Regionen und der Kantone



sowie des Bundes diskutiert werden. In der Stadt St.Gallen hat der Grosse Gemeinderat im letzten Jahr deshalb eine Motion erheblich erklärt, die die Ausarbeitung eines neuen Teilplanes Verkehr innerhalb der Richtplanung verlangt. Die Arbeiten für eine neue Richtplanung für die Stadt St.Gallen, die sich dieser aktuellen Problemen annehmen wird und die drei Bereiche Siedlung, Verkehr und Landschaft umfasst, sind in den letzten Monaten intensiv an die Hand genommen worden.

2. Mit dem Strassenzoll oder dem „Road Pricing“ in der Art, wie es im Postulat verstanden wird, soll ein „Gebührenring“ um das Stadtzentrum gelegt werden. Dabei geht es vor allem um eine Erschwerung bzw. Verteuerung des Zugangs zum Zentrum für den Individualverkehr und so um die Umlagerung auf den öffentlichen Verkehr. Bei anderen Formen des „Road Pricing“ steht die Finanzierung bestimmter Strassenabschnitte, z.B. von Tunnels, im Vordergrund. Aufgrund der Bestimmungen der Bundesverfassung sind Strassenzölle in der Schweiz derzeit grundsätzlich nicht zulässig, möglich sind Ausnahmen durch die Bundesversammlung für besondere einzelne Strassenzüge. Bisher einziger Fall in der Schweiz ist der Tunnel unter dem Grossen St.Bernhard. In anderen Fällen (z.B. Schanzentunnel in Bern, Seetunnel in Genf) ist das „Road Pricing“ in kommunalen Abstimmungen gescheitert.
3. Im Zusammenhang mit der Agglomerationspolitik wird das „Road Pricing“ als Finanzierungsmassnahme, aber auch als Verkehrslenkungsmassnahme derzeit intensiv diskutiert. Zur Diskussion stehen aber auch andere Massnahmen. So sieht der Bundesrat in seinem Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative ein verstärktes Engagement des Bundes für Infrastrukturvorhaben im öffentlichen und privaten Agglomerationsverkehr vor. Schliesslich ist auch die Idee eines „Agglofünfers“ lanciert worden, also ein Zuschlag zur Mineralölsteuer für die Mitfinanzierung der Verkehrsinvestitionen in Städten und Agglomerationen durch den Bund. Der „Agglofünfer“ hat dabei den Vorzug der einfachen technischen Realisierung, das „Road Pricing“ hingegen bietet die Möglichkeit einer gezielten und wirksamen Entlastung der Agglomerationen, was allerdings wegen der vielen Strassenverbindungen zwischen Zentren und Agglomerationen in schweizerischen Verhältnissen nicht einfach wäre. Denkbar sind selbstverständlich auch Kombinationen der beiden Systeme. Diese Diskussion ist auch auf Bundesebene noch nicht entschieden. In der Botschaft zum neuen Finanzausgleich (NFA) wird eine Regelung in der Bundesverfassung vorgeschlagen, wonach die Benützung öffentlicher Strassen grundsätzlich gebührenfrei ist, der Bundesrat hingegen Ausnahmen insbesondere für Strassen in Städten und Agglomerationen bewilligen kann. Aus Sicht der Städte ist bei der Beurteilung des „Road Pricing“ ausserdem zu beachten, dass mit Einführung dieses Finanzierungsinstrumentes vorwiegend in Städten und Agglomerationen diese Gebiete doppelt belastet würden. Die Einführung von „Road



Pricing“ müsste deshalb verbunden werden mit einer Gesamtüberprüfung des Finanzierungssystems für die Verkehrsinfrastrukturen in unserem Land.

4. Es macht wenig Sinn, vor den Entscheiden im Bund in der Stadt St.Gallen grundsätzlich Überlegungen zum „Road Pricing“ in einem besonderen Bericht des Stadtrates an den Grossen Gemeinderat darzustellen. Vielmehr ist es richtig, die neue Verfassungs- und Gesetzgebung des Bundes abzuwarten und dann für die Stadt St.Gallen Konsequenzen zu ziehen. Die mit dem Postulat angesprochene Problematik wird im Zusammenhang mit der Richtplanung und dem Teilplan Verkehr ohnehin bearbeitet und, mit dem Richtplan, auch dem Stadtparlament unterbreitet werden. In diesem Zusammenhang werden auch neuere Massnahmenvorschläge wie das „Road Pricing“ diskutiert werden können. **Der Stadtrat beantragt deshalb, das Postulat nicht erheblich zu erklären.**

Auf Antrag der Bauverwaltung beschliesst der Stadtrat:

1. Den vorstehenden Ausführungen wird zugestimmt.
2. Die Vorsteherin der Bauverwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne im Grossen Gemeinderat Stellung zu nehmen.

Beilage:  
Postulat

Protokollauszug:  
Bauverwaltung (3)  
Stadtkanzlei (2)

